

**II-1610 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 816 NJ

1984-06-18

A n f r a g e

der Abgeordneten Maria STANGL, Dr. PUNTIGAM  
und Kollegen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung  
betreffend die Beitragserhöhung durch die 8. Novelle zum  
Bauern-Sozialversicherungsgesetz

Die durch die 8. Novelle vorgesehene Beitragserhöhung um 1 % der Bemessungsgrundlage auf 13 % wird von der Bauernschaft mit großer Sorge registriert. Denn der ursprüngliche Beitragssatz von 8,75 % stieg ohnehin ständig und ist erst 1984 - bei unveränderten Dienstnehmerpensionsbeiträgen von 9,75 % - um 1 % auf 12 % angehoben worden. Nunmehr ist nach dem neuen Entwurf eine neue Belastung der Bauern auf dem Beitragssektor vorgesehen. Diese neuerliche Beitragserhöhung hat zur Folge, daß innerhalb von 3 Jahren die Beiträge um 37,7 % steigen werden. Das ist ungerecht und für die Bauern untragbar, denn es wird nicht Rücksicht genommen auf die schlechte wirtschaftliche Situation der bäuerlichen Betriebe und auf strukturelle Ursachen. Die Volkseinkommenserträge der Land- und Forstwirtschaft ergeben bedenkliche reale Veränderungsraten von - 10,1 % im Jahre 1981, - 7,5 % 1982 und im Jahre 1983 neuerlich um 2,8 %. Dem Volkseinkommen eines Erwerbstätigen von S 253.890,- pro Jahr steht das Volkseinkommen der Landwirtschaft von S 109.489,- je Jahr und Person gegenüber. 64 % der bäuerlichen Pflichtversicherten bewirtschaften Betriebe mit einem Einheitswert von unter S 105.000,- und erzielen ein betriebliches Erwerbs-einkommen von rund S 7.000,- monatlich.

- 2 -

Bei der Vorsprache der Bauernvertretung bei Ihnen am 27. April dieses Jahres haben Sie noch zugesagt, diese überzeugenden Argumente gegen eine neue Beitragserhöhung in der Bauernpensionsversicherung zu würdigen.

Trotz der negativen finanziellen Entwicklung werden die Beiträge ungerechtfertigterweise erhöht und bedrohen bäuerliche Existenzen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

1. Werden Sie sich angesichts der bewiesenen Realverluste in den landwirtschaftlichen Betrieben dafür einsetzen, daß die innerhalb von 12 Monaten drohende neuerliche Beitragserhöhung nicht verwirklicht wird ?
  
2. Aus welchen Gründen will die Bundesregierung die Pensionsbeiträge der Bauern trotz stark gesunkener bäuerlicher Einkommen ab 1.1.1985 neuerlich erhöhen ?